



Newsletter vom 23. 5. 2021

Inhalt

Textverständnis als zentraler Zugang zum Leben	1
Hanspeter Amstutz, 22.5.2020	1
Ludwig XIV. oder Ludwig 14?	3
Journal 21, 16.5.2021, Carl Bossard	3
Die Zähmung der Intelligenz	5
NZZ 17.5.2021, Medien, Birgit Schmid	5
Zwei Jahre lang Reformstopp für die Schulen	8
Twitter, 15.5.2021, Chantal Galladé	8
Stresstest für die KV-Lehre	8
NZZ 19.5.2021, Wirtschaft, Hansueli Schöchli	8
Das KV darf nicht weiter geschwächt werden	11
Tages-Anzeiger 18.5.2021, Meinungen, Kommentar von Markus Diem Meier	11
Die Banken ziehen die Notbremse bei der KV-Reform	11
20.5.2021, Hanspeter Amstutz	11
Macht Corona spiessige Tugenden zu Lebenskompetenzen?	13
Condorcet Bildungsperspektiven, 13. Mai 2021, Gastautorin Margrit Stamm	13
Keine Tagesschule «vollfett»	14
NZZ 18.5.2021, Meinung & Debatte, Lena Schenkel	14
Die Tagesschule vor der Abstimmung loben	17
Tagblatt der Stadt Zürich, 19.5.2021, Forum der Parteien, Martin Schempp	17
Jeanne Hersch – Pädagogik als Erziehung zur verantwortlichen Freiheit	18
Condorcet Bildungsperspektiven, 15. Mai 2021, Gastautor Peter Aebersold	18

Textverständnis als zentraler Zugang zum Leben

Hanspeter Amstutz, 22.5.2020

Bei der Lesekompetenz unserer Schulabgänger sieht es nicht rosig aus. Ein Viertel von ihnen ist offensichtlich nicht imstande, den Inhalt einfacher Texte zu verstehen. Die verbreitete Leseschwäche hat dazu geführt, dass Journalisten sich bemühen, mit Vereinfachungen und kurzen Sätzen komplexe Sachverhalte darzustellen. Das ist durchaus ein guter Ansatz, der aber nicht darüber hinwegtäuschen kann, dass etwas grundsätzlich nicht stimmt.

In ihrem aufschlussreichen Beitrag in der NZZ weist Birgit Schmid darauf hin, dass mit der Vereinfachung der Sprache die Ausdrucksmöglichkeiten stark eingeschränkt werden. Das löbliche Ziel, Texte verständlich zu schreiben, bedeute nicht, dass man die Sprache banalisiere und auf einen präzisen Wortschatz verzichte.

Die Ursachen für das schwache Leseverständnis vieler Jugendlicher sind zweifellos vielfältig und liegen teils auch ausserhalb des Einflussbereichs der Schule. Doch es ist



nicht zu übersehen, dass trendige didaktische Konzepte wie selbstorganisiertes Lernen oder der Verzicht auf systematisches Sprachtraining vor allem schwächere Schüler erheblich verunsichern. Dazu führt die massive Ausweitung der Kompetenzziele zu mehr Oberflächlichkeit bei den Lernprozessen.

Wie Carl Bossard in seinem feinsinnigen Beitrag über verstehendes Lernen schreibt, muss im Unterricht mehr Zeit für das Erkennen wesentlicher Zusammenhänge eingeräumt werden. Dabei spielt es im Rahmen des verbindlichen Lehrplanauftrags keine Rolle, wo ein Lehrer besondere Akzente setzen möchte, um mit seiner Klasse auf schulische Entdeckungsreisen zu gehen. Da hat auch das römische Zahlensystem durchaus Platz, wenn es in den Kontext einer Kulturvermittlung passt.

Tägliches Üben und das Klären von Sachverhalten sind unerlässlich

Carl Bossard erinnert daran, dass beharrliches Üben und Festigen Teil eines erfolgreichen Lernprozesses sind. Anstrengendes Trainieren kann mit einer Tour auf einen Berggipfel verglichen werden. Das Grundgefühl auf dem Berggipfel beim Blick in die Weite und hinab auf den Wanderweg ist ein ganz anderes als nach einer bequemen Fahrt mit der Seilbahn.

Die Lehrplangestalter wissen durchaus um die positive Bedeutung des Leistungsgedankens. Doch sie versuchen diesen in erster Linie über ein Steuerungssystem mit Standards und Tests und weniger über die freie Gestaltungskraft der Lehrerinnen und Lehrer zu fördern. Doch genau dieses Vertrauen ist nötig, damit Lehrpersonen täglich in ausgewählten Themenbereichen gründlich das Feld beackern und die Saat des Nachdenkens ausstreuen.

Vertieftes Lernen ist Voraussetzung für die Ausweitung des Grundwortschatzes zur Verbesserung des Leseverständnisses. Lehrpersonen, die bei einem Realienthema Begeisterung wecken, Emotionales mit einbeziehen und Dinge klären, können aus Worten anschauliche Begriffe formen. Diese Schlüsselwörter sind es, welche weit mehr Wirkung für das Verstehen eines Textes erzielen als die viel gepriesenen Lesestrategien. Mit jedem Thema, das in einer spannenden Lektion die Herzen und Köpfe der Jugendlichen erreicht, wird Interesse für ein Stück Welt und dessen sprachliche Gestalt geweckt.

Die falsch aufgegleiste KV-Reform löst heftige Reaktionen aus

Erfreulich ist, dass der Wert des vertieften Lernens wieder vermehrt erkannt wird.

So protestiert der Schweizerische Bankierverband energisch gegen die auch von uns im letzten Newsletter angeprangerte Reform der KV-Ausbildung. Ganz schlecht goutiert wird der Abbau an Grundlagenwissen im Deutsch und im Bereich von Wirtschaft und Recht. Offensichtlich haben die Banken erkannt, dass das oberflächliche Einüben von sprachlichen Rollen einen systematischen Sprachaufbau noch lange nicht ersetzen kann.

Schade ist nur, dass von der Bankenseite nur die KV-Reform kritisiert wird und parallele Fehlentwicklungen in der Volksschule offenbar kaum beunruhigen. Der heftige Protest der Banken könnte aber durchaus ein Signal für eine kritischere Haltung gegenüber unausgegorenen Schulreformen sein. In unserem Newsletter finden Sie mehrere Beiträge, welche sich sehr kritisch mit der geplanten Reform auseinandersetzen.

Widerstand gegen Salamtaktik bei den Stadtzürcher Tagesschulen

Vor einem Monat haben wir über das geplante flächendeckende Zürcher Tagesschulmodell berichtet und einen Aufruf zugunsten einer längeren Mittagspause für die Kinder unterstützt. Wie die neuste Entwicklung zeigt, werden Abmeldungen für Kinder, die über Mittag im Kreis der Familie essen möchten, immer komplizierter. Gezielt wird ein sanfter Druck aufgebaut, um möglichst alle Kinder an die schulinternen Mittagstische holen zu können. Zudem sollen die Tagesschulen mit zusätzlichen Betreuungsangeboten so weit ausgebaut werden, dass alle Kinder den ganzen Tag in der Obhut der Schule bleiben



können.

Leider verfolgen gewisse Kreise mit dem erweiterten Tagesschulmodell offenbar extreme gesellschaftspolitische Ziele. Wer als Politiker sich abschätzig über das gemeinsame Essen im Kreis der Familie äussert und die Anliegen einer Minderheit arrogant übergeht, muss sich über einen starken Widerstand nicht wundern. Diese Salamtaktik der fortschreitenden Ausweitung der Betreuung weit über den Schulbetrieb hinaus kommt im Beitrag von Lena Schenkel nicht gut weg.

Fundierte Beiträge zur Bedeutung der Rolle der Erzieherinnen und Erzieher

Wenn Sie gerne Erziehungsfragen mit philosophischen Gedanken verbinden, kommen Sie im Beitrag von Peter Aebersold über eine Streitschrift der Genfer Philosophin Jeanne Hersch über die antiautoritäre Erziehung aus dem Jahr 1982 voll auf Ihre Rechnung. Die mutige Philosophin nimmt darin Stellung gegen die pädagogisch nicht haltbare Vorstellung einer Gleichheit zwischen Lehrpersonen und Schülern. Weniger kämpferisch, aber durchaus passend zu dieser Streitschrift ist Margrit Stamms Analyse über die Bedeutung alter Tugenden für den Schulerfolg. Die Autorin hebt den positiven erzieherischen Einfluss der Eltern für eine gesunde Entwicklung der Kinder hervor. Das ist zwar nicht neu, aber es tut gut, dieses Bekenntnis einer anerkannten Wissenschaftlerin so deutlich zu hören.

Gönnen Sie sich Zeit für die spannende Lektüre und bilden Sie sich ihr Urteil.

Ludwig XIV. oder Ludwig 14?

Journal 21, 16.5.2021, Carl Bossard

Vereinfachen, um besser zu verstehen. Das ist vielerorts die Devise. Auch im Louvre zu Paris. Notwendig oder zeittrendig? Unzeitgemässe Gedanken zum Verstehen-Lehren.



Unser Viertklasslehrer liebte die Geschichte, und als Freund der Muse Klio bewunderte er die historische Tradition und die Antike. Auch in diese Welt wollte er uns 50 Primarschüler



führen – unter anderem über das römische Zahlensystem mit seinen sieben Symbolen. Er erklärte sie uns; wir verstanden das Prinzip und gewannen Einsicht in etwas Fremdes; mit Üben festigten wir das Gelernte. Beim mündlichen Rechentraining liess er uns das Resultat meist in dieser Zahlschrift notieren: 622 als DCXXII. Das bereitete spielerisches Vergnügen – und gespannt warteten wir auf die gemeinsame Lösung. Hatten wir richtig gerechnet? Und konnten wir das Resultat auch korrekt festhalten? Eben in einer anderen Schrift.

Römische Zahlen als Hindernis fürs Verstehen

Wir spürten: Da gibt es eine (Zahlen-)Welt ausserhalb unserer eigenen Zeichen, zusätzlich zur arabischen Zählweise – anders konstruiert, aber mit dem gleichen Ziel: richtig rechnen und notieren. Diese Zeichen verschwinden nun aus dem Musée Carnavalet in Paris und teilweise aus dem Louvre. Römische Zahlen und Ziffern seien „un ostacolo alla comprensione“, ein Hindernis fürs Verständnis, begründet ein Museumsverantwortlicher.¹ Besucherinnen und Besucher verstünden sie schlicht nicht mehr. Gefordert wäre ein Museumsrundgang „senza ostacoli“. Ein „Kannitverstan“ dürfe es in diesem Haus keinesfalls geben. Darum wird aus Louis XIV nun Louis 14.

„la tête bien faite“ – und nicht „bien pleine“

Immer wieder stehen wir vor Verstehensfragen – in der Schule und im Lebensalltag. Zwar können wir heute alles googeln. Aber verstehen wir es auch? Und werden wir zum Verstehen geführt? Systematisch und konsequent? Die Frage stellt sich, wenn fast ein Viertel unserer 15-jährigen Schülerinnen und Schüler den Inhalt eines durchschnittlichen Textes nicht versteht, wie die PISA-Studie 2019 gezeigt hat. Und das nach neun Schuljahren!

Seit es Schulen gibt, steht die didaktische Prämisse im Raum: Die Schule soll den jungen Menschen denken lehren. Er soll verstehen, was er sagen und tun lernt. So lautete die unerbittliche Devise unseres Berner Hochschullehrers Hans Aebli; er war Schüler und Assistent von Jean Piaget und Kognitionspsychologe. Mehr als einmal hat er uns auf einen Satz von Montaigne hingewiesen. Der französische Denker und Essayist meinte 1580 ganz lapidar: Lehrpersonen wie Schülerinnen und Schüler sollen „la tête bien faite“, nicht „bien pleine“ haben, wohlgeformte, nicht vollgefüllte Köpfe. Die Schule als Prozess des Denkens und Verstehens. Sie war Aebli's Kernanliegen.² Sein Erziehungsziel: Kinder zu Personen heranreifen lassen. Der Unterricht muss sie darum befähigen, selbständig nachzudenken, etwas Vielschichtiges zu verstehen, Probleme zu lösen, zu argumentieren und sich zu artikulieren.

Verstehen lehren als Unterrichtsziel

Das ist eine anspruchsvolle Aufgabe – heute nicht weniger als früher. Und verwirklicht wird sie nur in der vielfach aufreibenden Praxis des Schulalltags, im pädagogischen Parterre. In jeder Unterrichtsstunde und mit jedem Unterrichtsgegenstand muss dieses Postulat neu realisiert werden. Immer an einem Inhalt. Und es sind deren viele. „Das Ganze ist nicht mehr als die Summe seiner Teile, aber es hat sehr viele Teile.“ Und diese Teile sind vielfältig verknüpft. So lautet ein Befund des Kognitionspsychologen John R. Anderson.³ Das gilt ganz besonders für die Schule und ihre überlasteten Lehrpläne und überfrachteten Lehrbücher. Für vieles fehlt die Zeit, vor allem fürs Nach-Denken und Üben.

Die Fähigkeit, denken zu können und zu verstehen, Zusammenhänge zu verdeutlichen und Probleme zu lösen, ist von einem Unterricht abhängig, der an einem Gegenstand, an einem Sachgebiet oder einem Phänomen spezifisches Vermögen schult. Das kann auf

¹ Stefano Montefiori: Luigi XIV diventa Luigi 14. In: Corriere della Sera, 16.03.2021.

² Hans Aebli: Zwölf Grundformen des Lehrens. Stuttgart: Ernst Klett, 1969, 1983.

³ Zit. nach: Jürgen Kaube: Ist die Schule zu blöd für unsere Kinder? Berlin: Rowohlt, 2019, S. 107.



verschiedene Arten erfolgen. Der unvergessliche Hans Aebli unterschied einen Unterricht als „Antwortorientierung“ und einen als „Denkorientierung“.⁴ „Denken: das Ordnen des Tuns“ heisst darum eines seiner Bücher. Unerbittlich fragte er: Geben wir als Lehrerinnen und Lehrer den Schülern im hektischen Alltag überhaupt Zeit und Gelegenheit, den Prozess des Verstehens kennenzulernen, und kommen die Schülerinnen auch zum richtigen Nachdenken? An echten Problemen, an wissens- und objektgebundenen Operationen.

Darüber müsste die Schule immer wieder nachdenken.

Erkenntnis lässt sich nur am vertieften Einzelfall bilden

„Die Menschen zu Verstehenden machen!“ Der Satz stammt vom Medienethiker Hermann Boventer. Er ist Auftrag für den Journalisten, er ist Aufgabe für die Lehrerin, er ist Leitmotiv für den Unterrichtsalltag. Es braucht nicht das Zahlensystem der Römer zu sein. Das ist für viele ein unbedeutendes Nebengelände. Grundlegend aber ist die Einsicht: Erkenntnis lässt sich nur am vertieften Einzelfall bilden – in einem sorgsamem Lernvorgang.

Die römischen Zahlen und Ziffern waren für unseren Primarlehrer wichtig. Er wollte sie uns verstehen lehren. Das bedeutete ihm ein echtes Anliegen – so wichtig wie ihm unsere soliden Grundfertigkeiten im Lesen, Schreiben und Rechnen waren – als Teilhabenlassen am Verstehen der Welt. Und dazu gehörte für ihn auch die römische Zahlenwelt.

Die Zähmung der Intelligenz

NZZ 17.5.2021, Medien, Birgit Schmid

Journalistische Texte sollen klar und verständlich sein. Der Ruf nach «einfacher Sprache» ist aber problematisch

Der Newsletter im Postfach hatte den Betreff «Einfache Sprache für Journalisten». Versandt hatte ihn das Branchenmagazin «Schweizer Journalist». Der Newsletter enthielt sieben Regeln, wie man journalistische Texte verständlicher schreibt. Zum Beispiel: «Benutzen Sie immer die gleichen Wörter für die gleichen Dinge.» In einem Text über Medikamente solle man immer «Medikament» schreiben statt auch einmal «Tablette» oder «Pille». Weiter wird vom Konjunktiv abgeraten: Besser als der Satz «Morgen könnte es regnen» sei der Satz «Morgen regnet es vielleicht». Die letzte Regel lautet: «Lassen Sie Texte von Menschen mit Lernschwierigkeiten prüfen.»

Die einfache Sprache hat die Redaktionen erreicht. Journalistinnen und Journalisten erhalten Schreibanleitungen, die sich in anderen Bereichen der öffentlichen schriftlichen Kommunikation bereits durchgesetzt haben. Es ist das Gebot, durch das Herunterbrechen komplexer Zusammenhänge, durch eine einfache Satzstruktur und leicht verständliche Wörter möglichst viele Menschen zu erreichen.

Behörden verfassen heute Meldungen in einfacher Sprache. Parteien formulieren ihre Programme in Hauptsätzen. Museen beschreiben Kunstwerke sozusagen zweisprachig: einmal mit, einmal ohne Fremdwörter. Hersteller verzichten in Produktangaben auf Abkürzungen. Da steht Vereinfachung doch auch den Medien gut an?

Die einfache Sprache gründet in der leichten Sprache, die noch ein Grad einfacher ist. Leichte Sprache kennt auch keinen Genitiv mehr. «Der Hund des Pfarrers» wird zum «Hund vom Pfarrer». Leichte Sprache wurde ursprünglich für Menschen mit kognitiven

⁴ Vgl. Urs Aeschbacher: Unterrichtsziel: Verstehen. Über die psychischen Prozesse beim Denken, Lernen und Verstehen. Stuttgart: Ernst Klett, 1986, S. 5.



Beeinträchtigungen entwickelt. Einfacher gesagt: für geistig Behinderte.

Anpassung an Leseschwache

Die Gründe für die Entwicklung sind offensichtlich. Die Digitalisierung führt dazu, dass man für die Lektüre eines Textes weniger Geduld aufbringt. Liest man einen Text am Bildschirm, ist das nächste Video nicht weit. Ist für einen Leser das Wort «Aufmerksamkeitsspanne» mit 21 Buchstaben zu lang, springt er ab. Einfache Sprache rät deshalb zu weniger als 16 Buchstaben pro Wort. Der Digitalkonsum hat wiederum einen Einfluss auf die Lesekompetenz. Jeder dritte Erwachsene soll mit Schreiben und Lesen, wie er es in der Schule gelernt hat, Mühe haben. Die Pisa-Studien bestätigen das Bild bei Schülerinnen und Schülern. Die Fähigkeit, einen Text zu lesen und zu verstehen, nimmt ab.

Abgesehen von den Medien, die wollen, dass die Leser draufklicken und dranbleiben, hat einfache Sprache eine politische Dimension. Verständliche Informationsvermittlung gilt als Voraussetzung, damit man am gesellschaftlichen Leben teilhaben kann. So argumentiert etwa der Verein Netzwerk Leichte Sprache.

Als Journalistin ist man irritiert. Zwar liegt es im Interesse jeder Autorin, dass man sie versteht und ihre Texte zu Ende liest. Doch nun wird ihr gesagt, wie sie das erreicht: indem sie vom Leser mit der geringsten Auffassungsgabe ausgeht. Gegen eine Sprache, die Menschen mit Lernschwierigkeiten oder Fremdsprachigen Barrierefreiheit ermöglicht, ist nichts einzuwenden. Wenn man aber plötzlich vor Schachtelsätzen gewarnt wird und einen «Rat-Geber» für einfache Sprache vorgegeben bekommt, wirkt der Wille zu Verständlichkeit übertrieben. Wo liegt die Grenze zu sprachlicher Inklusion? Und unterfordert man damit die Leserschaft nicht auch?

Der Verständlichkeitsforscher Frank Brettschneider sieht das Gegenteil. Für Brettschneider, der an der Universität Hohenheim Kommunikationswissenschaften lehrt, gibt es «Luft nach oben». Zwar erkennt er einen Trend zu einfacher Sprache, der von den Online-Medien ausgeht. Texte würden kürzer und knackiger – und dadurch Medientitel einander ähnlicher. So hat sich «Spiegel Online» etwa «Bild.de» angenähert. Trotzdem dürfte es für Brettschneider oft noch verständlicher sein.

Um den einzelnen Publikationen ihren Mangel aufzuzeigen, versucht er diesen zu objektivieren. Die Uni Hohenheim hat ein Bewertungssystem entwickelt, mit dem man Publikationen auf ihre Verständlichkeit prüfen kann. Satzlänge, Satzteilänge, Wortlänge, Anteil Wörter mit weniger als sechs Buchstaben. Der höchste Wert liegt bei 20. Den Wert von 20 erfüllt die leichte Sprache mit ihren Drei-Wörter-Sätzen. Während die «FAZ» den Wert 12 bis 14 erreicht, beläuft er sich bei der «Bild» auf knapp 16. Damit vermittelt das Boulevard-Blatt Informationen fast so verständlich, wie Nachrichten im Radio formuliert werden. Radio und Fernsehen gelten als Ideal für den barrierefreien Zugang zu Wissen: Man kann hier einen Satz nicht zweimal hören und zurückspringen wie in einem Text.

Inklusiver Redaktor

Inzwischen bieten verschiedene deutschsprachige Medien Texte oder Sendungen in einfacher Sprache an. Dies hält man für umso notwendiger in einer Krise wie der Corona-Pandemie, in der die Bevölkerung breit informiert werden sollte. Zumal die Pressemitteilungen der Bundesregierungen zu Covid-19 zu wünschen übrig liessen: Frank Brettschneider kam mit seinem Verständlichkeitsindex auf einen Wert von 7,4. Schon länger bietet die österreichische Presseagentur APA täglich Nachrichten in einfacher Sprache. Dafür wurde ein inklusiver Redaktor angestellt, der eine Lernschwäche hat.

Nun ist eine Agenturmeldung noch keine Afrikareportage und ein amtliches Bulletin noch keine Buchkritik. Ergibt sprachliche Vereinfachung in einem Text Sinn, ist sie im andern verfehlt. Neben der Textsorte spielt auch das Zielpublikum eine Rolle.



Sprache wandelt sich, und so verändert sie sich auch in journalistischen Texten. Digital Natives schreiben in kurzen Hauptsätzen, da sie das Texten auf kleinem Bildschirm gewohnt sind; schnörkelloser auch, und sie kommen schneller auf den Punkt. Das hat auch mit dem hohen Tempo der Medien zu tun. Redaktionen stehen unter Zeitdruck. Und wo es eilt, wird vereinfacht.

Das beobachtet auch Frank Hänecke, der an der Schweizer Journalistenschule MAZ angehende Journalistinnen und Journalisten ausbildet. Junge Medienleute schrieben oft verständlicher und klarer, hebt er positiv hervor, ihre Sprache sei informeller, die Distanz zur Leserschaft kleiner: «Man bewegt sich auf Augenhöhe.» Der Einfluss der gesprochenen Sprache äussere sich aber auch in einem salopperen Ton, sagt Hänecke. Jüngere schrieben fehlerhafter, nach eigenen Regeln.

So prägnant wie politische PR

Zwar richtig, aber bald monoton – so klingt eine Reihung von kurzen Hauptsätzen wiederum in längeren Texten. Man wiederholt einen Namen in jedem Satz und bewahrt den Leser so vor dem Fadenverlieren. Das kann ein Stilmittel sein, so erzielt man Eingängigkeit. Deshalb entspricht einfache Sprache auch den Wünschen politischer PR. Für einen guten Satzrhythmus braucht es jedoch beides: kurze Sätze, die die Handlung beschleunigen, und lange Sätze, die Spannung aufbauen.

Die Zeiten sind in jedem Fall vorbei, in denen der Journalist der Leserschaft vorsetzen konnte, was er wollte. Und er für dumm hielt, wer ihn nicht verstand. Heute bemisst sich die journalistische Leistung über das Gelesenwerden. Die Haltung setzt sich durch, die im Boulevard schon immer galt: Steigt der Leser aus, ist einzig der Autor schuld.

Dennoch warnen Lehrer, Neuropsychologinnen und Bildungsbürger vor zu grosser Anpassung. Werde jeder Inhalt auf maximale Verständlichkeit reduziert, drohe Verflachung durch Vereinfachung. Das, was die deutsche Sprache ausmache, gehe so verloren. Sprachwitz etwa, Mehrdeutigkeit.

Der Sprach- und Medienwissenschaftler Daniel Perrin sieht ein zusätzliches Risiko. «Aus Angst, die Lesenden zu überfordern, deutsch man alles aus. Das kann Texte unattraktiv und schwerfällig machen», sagt er. Dennoch ist Perrin keineswegs pessimistisch, was die junge Generation betrifft: Es werde schriftlich so viel kommuniziert wie nie zuvor, wenn auch fragmentarischer.

Geht man davon aus, dass der Sprachgebrauch das Denken beeinflusst, so ist die Sorge mancher Ausbildner verständlich. Mit einfacher Sprache wird es schwieriger, komplexe Gedanken zu vermitteln. Auf der anderen Seite verlernt man, zwischen den Zeilen zu lesen, Zusammenhänge herzustellen, Sprachbilder zu dechiffrieren.

Die Schönheit des Gedankens

Ähnlich argumentieren jene, die die Schönheit der deutschen Sprache bewahren wollen. Dass man Bücher lesen könne, wenn es einem um die Eleganz des Gedankens gehe, tröstet die Bildungselite nicht. Zumal heute auch die Werke grosser Dichter, von der Bibel bis zu Goethe, in einfache Sprache übersetzt werden. Entwertet das nicht das Original?

Doch, sagt der Wiener Philosoph und Publizist Konrad Paul Liessmann. Er kritisiert leichte Sprache als seichte Sprache – als neue Sprachnorm, die uns alle bequemlicher mache. Sie nehme den Menschen zudem die Möglichkeit, sich vielfältig auszudrücken. «Wer den Konjunktiv nicht mehr lernt, muss sich auf die Wirklichkeit beschränken», sagt Liessmann. «Er wird seiner Phantasie beraubt.»

Noch eine Ironie gibt es beim Bemühen um Inklusion. Indem man den Zugang zu Informationen für alle erleichtert, will man Diskriminierung bekämpfen. Sprachliche Korrektheit ist ein wichtiges Mittel im Kampf um Gleichstellung, in diesem Fall aber



untauglich: Die Bezeichnung «geistig Behinderte» etwa ist eigentlich nicht mehr zulässig. Da sie für jeden verständlich ist, brauchen sie selbst Verfechter der Vereinfachung. Ungeeignet ist auch die gendergerechte Sprache, wenn man einfach schreiben will. Nicht nur Sternchen und Unterlinie sind Stolpersteine bei Leseschwäche. Sondern schon die Nennung der weiblichen neben der männlichen Form macht einen Text für diese Menschen unlesbar. Alle mit einzuschliessen, sperrt andere aus.

Zwei Jahre lang Reformstopp für die Schulen

Twitter, 15.5.2021, Chantal Galladé



Stresstest für die KV-Lehre

NZZ 19.5.2021, Wirtschaft, Hansueli Schöchli

Die geplante Reform der populärsten Berufslehre hat eine Kontroverse zwischen Banken und Gewerbevertretern ausgelöst

Wer gehört werden will, muss laut schreien. An diesen Grundsatz halten sich schon Kleinkinder instinktiv. Dies gilt nicht selten auch für politische Lobbyisten. So sah der Zürcher Bankenverband diese Woche die Zeit für einen öffentlichen Alarmschrei gekommen. «Steht die Banklehre vor dem Aus?», fragt der Verband provokativ im Titel seiner Medienmitteilung vom Montag. Stein des Anstosses ist die geplante Reform der kaufmännischen Lehre unter dem Titel «Kaufleute 2022». Bankenvertreter befürchten eine Senkung des Leistungsniveaus und die Infragestellung des Anschlusses an die Berufsmaturität. Wenn die Reform die Befürchtungen bestätige, werde der Einstieg in die Finanzbranchen über kurz oder lang «nur noch über die Mittel- und Hochschulen möglich sein».

Das ist starker Tobak in einem Land, das die Berufslehre als Teil seiner Identität sieht. 2018 hatten im Landesdurchschnitt knapp 64% der jungen Erwachsenen bis zum 25.



Altersjahr einen Berufslehraabschluss nach der obligatorischen Schule. Mit Abstand am populärsten unter den Berufslehren ist die kaufmännische Lehre (KV-Lehre). In den letzten drei Jahren entfiel je fast ein Fünftel aller Lehrstellenantritte auf die KV-Lehre.

Luftige Sprache

Zur Hauptstossrichtung der Reform zählt eine Verschiebung von klassischen Fächern zu «Handlungskompetenzen». Bisherige Fächer wie Deutsch, Wirtschaft und Recht sowie Fremdsprachen sollen laut Kritikern in diffusen Themenblöcken wie etwa «Handeln in agilen Arbeits- und Organisationsformen» oder «Interagieren in einem vernetzten Arbeitsumfeld» aufgehen. Das klingt luftig und mag zu Satire einladen. Nicht zuletzt Lehrerkreise hatten sich dazu ätzend geäussert.

Die Sache ist zumindest gut gemeint: Das Gelernte soll einen stärkeren Bezug zur Betriebspraxis haben. Die vermehrte Orientierung an Kompetenzen statt Fächern entspricht einem internationalen Trend der letzten zwanzig Jahre. Konkrete Befunde über die Wirkungen solcher Reformen scheinen aber Mangelware zu sein. Weder eine Suche via Internet noch Rückfragen bei Bildungsforschern förderten eine breite empirische Forschungsliteratur zutage.

Aus dem Schweizer Bankensektor sind vor allem vier Kritikpunkte an der geplanten KV-Reform zu hören. Erstens: Die Integration der Berufsmatur in die Lehre sei im Unterschied zur bestehenden Verordnung nicht mehr erwähnt. Zweitens: Die Wahlmöglichkeit der Vertiefungsrichtung sei durch die «starre» Verknüpfung mit den Handlungsfeldern im Lehrbetrieb stark eingeschränkt – so dass die auf Buchhaltung und Rechnungswesen bezogene Vertiefungsrichtung «Finanzen» mangels praktischer Buchhaltungstätigkeiten während der Lehre kurioserweise für viele Banklehrlinge nicht infrage komme. Damit fehle Banklehrlingen eine Vertiefungsmöglichkeit bei wirtschaftlichem Grundlagenwissen. Drittens: Der Wegfall der Unterscheidung zwischen Typus B (Basis) und E (erweitert) führe zu einer Verwässerung des Niveaus. Und viertens: Künftig sei nur noch eine Fremdsprache für alle obligatorisch, was ebenfalls das Niveau senke.

Von der Nachfrage getrieben

Der Treiber der Reform waren nicht weltfremde Theoretiker, sondern Vertreter der betroffenen Branchen, wie ein beteiligter Reformbefürworter betont. Es war zwar der Bund, der die entsprechende Revision der massgebenden Verordnung für die KV-Lehre diesen Januar in die Anhörung geschickt hatte. Doch der Antrag dazu kam von der Trägerorganisation der KV-Lehre – der Schweizerischen Konferenz der kaufmännischen Ausbildungs- und Prüfungsbranchen. Diesem Verein gehören 21 ausbildende Branchen an. Im Vorstand sitzt unter anderem die Schweizerische Bankiervereinigung. Diese hatte die Reform unlängst noch «begrüsst». Diesen Montag meldete sie aber dieselben Einwände an, wie dies gleichentags der Zürcher Bankenverband tat. Der Tonfall des nationalen Branchendachverbands war allerdings deutlich zurückhaltender.

Die Banken stehen mit ihrer Haltung in der Wirtschaft nicht allein da. Man teile die Kritik und die Befürchtungen der Banken, sagt ein Personalexperte eines grösseren Versicherungsbetriebs. Er warnt vor Illusionen: Es sei nicht möglich, jeden sinnvollen Lerninhalt der Berufsschule direkt mit einer Tätigkeit während der Lehre zu verbinden. Als Beispiel nennt er das Thema Buchhaltung: Gewisse Betriebe hätten die Buchhaltung ausgelagert, weshalb die Lehrlinge keine Buchhaltungstätigkeiten verrichten könnten – und dennoch sei ein allgemeines Verständnis von Bilanzen und Rechnungslegungsprinzipien für viele Lehrlinge in ihren künftigen Tätigkeiten wichtig. Der Schweizerische Versicherungsverband sagte dagegen am Dienstag auf Anfrage, dass er «hinter der Denkweise und Stossrichtung» der Reform stehe.



Eine Generalistenlehre

Zu den wichtigen Akteuren in der Trägerorganisation der KV-Lehre gehört der Gewerbeverband, der die Reform unterstützt. Man könne schon verstehen, dass die Banken an ihre Lehrlinge höhere schulische Anforderungen stellten als andere Branchen, sagt Christine Davatz, Bildungsexpertin des Gewerbeverbands. Aber angesichts der unterschiedlichen Bedürfnisse der verschiedenen Branchen brauche es für die KV-Lehre Kompromisse, und Zusatzbedürfnisse liessen sich zum Beispiel via überbetriebliche Kurse abdecken.

Die Kontroverse illustriert einen klassischen Zielkonflikt der KV-Lehre: Sie ist als Generalistenlehre konzipiert und soll den Jugendlichen damit ein breites Einstiegsportal öffnen, doch im Gegenzug muss der Lehrplan verschiedenste Branchenbedürfnisse unter einen Hut bringen. Aus Sicht der meisten Akteure überwiegen weiterhin die Vorteile des Generalistenkonzepts. Die Schaffung einer spezialisierten Lehre etwa für die Bankkauffrau oder den Versicherungskaufmann wie in Deutschland will nach wie vor kaum jemand.

Diverse befragte Reformbefürworter zeigten sich irritiert über den Inhalt wie über den Zeitpunkt der jüngsten Verlautbarungen aus dem Bankensektor. Die Diskussion über diese Reform ist laut den Befürwortern schon seit vier Jahren am Laufen, und die Bankenvertreter seien jederzeit im Bilde gewesen – doch erst jetzt, kurz vor der geplanten Einführung, komme der grosse Aufschrei. Das Gesamtbild habe man erst mit dem Start der Anhörung von diesem Jahr gesehen, sagen dazu Bankenvertreter. Und zurzeit sehe es danach aus, dass die Branchenanliegen nicht gehört würden.

Fehlalarm?

Doch zumindest in einem Punkt scheinen die Bankenvertreter offene Türen einzurennen. Es sei völlig unbestritten, dass während der KV-Lehre auch die Berufsmatur möglich bleiben solle, betonen diverse Beteiligte unisono. Das konkrete Konzept zur Verheiratung der neuen Anforderungen für die Berufslehre mit den Anforderungen der Berufsmaturität solle innerhalb der nächsten Wochen vorliegen. Die Sache mit den Fremdsprachen ist derweil noch offen. Der Bund hat am 6. Mai in Absprache mit der Trägerorganisation eine neue Variante mit zwei obligatorischen Fremdsprachen in die Anhörung geschickt.

Das Fachwissen soll laut den Reformern weiterhin eine zentrale Rolle spielen. Letztlich wird hier aber viel von der konkreten Umsetzung der «Handlungskompetenzen» in Lerninhalte abhängen. So stellt sich unter anderem die Frage, ob der Bezug zu betrieblichen Tätigkeiten wie von den Kritikern befürchtet nur die Tätigkeiten während der Lehre umfassen wird oder auch die Berufsjahre danach berücksichtigen kann. Zudem gibt es für die Definition des Bezugs zur Betriebstätigkeit engere und breitere Interpretationsmöglichkeiten.

Der Bankensektor will zur Förderung des Grundlagenwissens eine zusätzliche Vertiefungsrichtung «Wirtschaft und Recht». Die Beurteilung dieser Idee hänge davon ab, inwieweit man diese Option im Arbeitsalltag abbilden könne, sagt Michael Kraft vom Kaufmännischen Verband Schweiz, der in der Trägerorganisation ebenfalls eine wichtige Rolle spielt: «Wenn es mit einer solchen Vertiefungsrichtung nur darum geht, zusätzliches schulisches Wissen zu vermitteln, dann gibt es für solche Bedürfnisse die Berufsmaturität.»

Der Bund wertet zurzeit die zahlreichen Rückmeldungen aus. Wegen der hochpolitischen Sprachenfrage geht das Geschäft in den Gesamtbundesrat. Der Entscheid über das Projekt und den Einführungszeitraum (2022 oder 2023) ist für Ende Juni zu erwarten.



Das KV darf nicht weiter geschwächt werden

Tages-Anzeiger 18.5.2021, Meinungen, Kommentar von Markus Diem Meier

Die Banken kritisieren die Reformpläne für die kaufmännische Ausbildung. Sie haben recht.

Die Schweizerische Bankiervereinigung sorgt sich um die Zukunft der Kaufmännischen Lehre (KV). Grund ist die Reform der Ausbildung, die bereits im nächsten Jahr in Kraft treten soll. Die Sorge der Banker ist berechtigt.

Das KV stand einst dafür, was man mit einer Berufslehre erreichen kann. Marcel Ospel und später Sergio Ermotti schafften es mit einer Lehre an die Spitze der UBS, Martin Scholl an jene der Zürcher Kantonalbank.

Mit dem Aufkommen der Fachhochschulen und der wachsenden Akademisierung der Ausbildungswege hat das KV deutlich an Bedeutung eingebüsst. Dieser Bedeutungsverlust muss gestoppt werden.

Die Ausbildung an neue Erfordernisse anzupassen, ist sinnvoll. Nicht aber, der Vermittlung von Wissen zu Wirtschaft und Recht ein geringeres Gewicht einzuräumen, wie das offenbar geplant ist. Das wäre verheerend für die Ausbildung selbst, die Aussichten für die Lehrabsolventinnen und -absolventen und für die Gesellschaft.

Allein dass die Banker die geplante Reform derart vehement ablehnen, spricht gegen diese Pläne. Als Lehrmeister wissen sie am besten, welche Kenntnisse die Ausbildung erfordert und welche für das berufliche Weiterkommen nötig sind.

Dass den Lehrlingen auch nach der Lehre weitere Ausbildungswege offenbleiben, hat für sie grösste Priorität. Reduziert man ihren Stoffplan, mindert man auch ihre diesbezüglichen Chancen. Besorgniserregend ist, dass der Weg zu einer Berufsmatura nach der Reform eingeschränkt sein könnte.

Schliesslich gilt es ganz generell, die Tendenz zu stoppen, immer stärker nur noch auf sogenannt praxis- und funktionsbezogenes Wissen zu setzen. Damit beschränkt man den Überblick auf die grösseren Zusammenhänge, in denen die Lehrlinge ihre Arbeit verrichten. Gerade angesichts der Bedeutung der Banken können wir uns nur wünschen, dass die Sicht aufs Ganze mehr und nicht weniger Bedeutung erhält.

Die Banken ziehen die Notbremse bei der KV-Reform

20.5.2021, Hanspeter Amstutz

Der heftige Protest der Bankenvereinigungen gegen die Reform der KV-Ausbildung lässt aufhorchen. Offenbar haben die Banken gerade noch rechtzeitig bemerkt, welche verheerende Auswirkungen das geplante Ausbildungsmodell für ihre Auszubildenden hätte. Die Taktik der Reformer, das Grundkonzept in Kabinettsmanier möglichst weit voranzutreiben und erst dann in die Vernehmlassung zu schicken, wenn nur noch Retuschen angebracht werden können, scheint diesmal zu scheitern.

Erfahrene KV-Lehrpersonen waren wie vor den Kopf gestossen, als sie erstmals über die Reformpläne informiert wurden. Viele wollten Alarm schlagen, doch die Mutigsten wurden massiv unter Druck gesetzt, sich nicht vorzeitig in der Öffentlichkeit zu Wort zu melden. Heute sprechen einige der Betroffenen gar von einem Maulkorb.



Banken wollen eine Abwertung der KV-Ausbildung verhindern

Die Vorwürfe der Bankfachleute an die KV-Reformkommission sind gut begründet, denn sie wissen, worauf es im Finanzgeschäft ankommt. Sie wehren sich gegen eine oberflächliche Bildung, die situativ in Form von gehobenen Rollenspielen die Deutschausbildung fördern will. Sie akzeptieren es nicht, dass auf einen methodischen Aufbau in der deutschen Sprache und auf eigentliche Fächer verzichtet werden soll. Das Gleiche gilt für die Fremdsprachen, wo mit einer Abwahlmöglichkeit offensichtlich der Weg des geringsten Widerstands gewählt wurde. Diese Abwertung der KV-Ausbildung wollten sich die direkt betroffenen Banken nicht bieten lassen.

Die Bankfachleute liessen sich weder vom modischen Outfit des Reformprogramms noch von dessen didaktischen Höhenflügen beeindruckt. Vielmehr waren sie zu Recht verärgert, dass der Auftrag einer Modernisierung der KV-Ausbildung zu einem unerwünschten Totalumbau umfunktioniert wurde. Ganz sauer ist ihnen aber aufgestossen dass man sie in der Phase der konzeptionellen Weichenstellung links liegen liess.

Erstaunlich unkritische Haltung beim Lehrplan 21

Den frischen Wind aus der Wirtschaft hat man bei der Lehrplanreform der Volksschule leider vermisst. Offenbar war vor fünf Jahren die Zeit noch nicht reif, um mögliche Fehlentwicklungen in der neuen Didaktik zu erkennen. Das Zauberwort vom kompetenzbasierten Unterricht hat damals alles überstrahlt. Nur wenige haben sich daran gestört, dass die Lehrplanreform weit über das vom Volk geforderte Ziel einer Bildungsharmonisierung hinausging und den Schulen einen didaktischen Paradigmenwechsel vorschrieb.

Einige Parallelen zur aktuellen KV-Reform sind dabei augenfällig: Verstärkte Ausrichtung der Bildung auf vordergründig nützliche Aspekte, weniger Ausbildungszeit für das Training der Grundlagen, zu komplizierte Schulorganisation mit individualisierten Bildungszielen und eine weniger transparente Notengebung.

Die Lehrplanverantwortlichen haben den Erwartungen an den Lehrplan der Volksschule bewusst hochgeschraubt. Der Paradigmenwechsel von einer an Bildungsinhalten orientierten Schule zu einem bis ins Detail ausgearbeiteten Kompetenzmodell mit stärkerer Bildungssteuerung wurde als Jahrhundertwerk gefeiert. Wer so unbescheiden auftritt, muss sich allerdings nicht wundern, wenn er kritisch begutachtet wird.

Skeptiker, welche gegen einige der völlig unerprobten Neuerungen begründete Einwände hatten, wurden damals kaum ernst genommen. Man lud sie ein, in regionalen Reformzirkeln ihre Bedenken zu formulieren. Doch viel schaute dabei nicht heraus, denn am Grundkonzept liess sich nichts mehr ändern. Die Berücksichtigung einiger überzeugender Einwände und eine leichte Kürzung des fast sechshundertseitigen Lehrplanwerks wurden als Beweis für die offene Lehrplanarbeit hingestellt. Doch von einer echten Auseinandersetzung um eine Schule der Zukunft konnte keine Rede sein. Die EDK war entschlossen, die Sache rasch durchzuziehen, um den gesetzlichen Harmonisierungsauftrag abschliessen zu können.

Spannend bleibt die Frage, wie der neue Lehrplan in den nächsten Jahren die Schule verändert. Die ersten Erfahrungen in der Praxis zeigen, dass die grössten Reformbrocken bereits ziemlich abgeschliffen wurden oder einfach umgangen werden. Doch die grosse Gefahr des sich Verzettelns im überladenen Bildungsprogramm ist damit nicht ausgeschaltet. Zwar versetzt ein Blick in den Lehrplan die meisten Lehrpersonen nicht gleich in den Modus des schnellen Abhakens all der vielen Kompetenzziele, doch mehr Hektik und Erwartungsdruck sind unterdessen ständige Begleiter an unseren Schulen.

Der Lehrplan 21 muss an seinem hohen Anspruch gemessen werden

Wer an die Zukunft unserer Volksschule glaubt, kann mit dieser Entwicklung nicht



zufrieden sein. Ein Jahrhundertwerk wie der Lehrplan 21 müsste Antworten auf die drängendsten Fragen der aktuellen Pädagogik bieten. Doch in ganz wesentlichen Bereichen zeichnet sich überhaupt nicht ab, dass dies der Fall ist. So sucht man im Lehrplan vergeblich eine überzeugende Strategie, wie die zunehmende Leseschwäche eines Viertels der Volksschulabgänger behoben werden könnte. Statt den Deutschunterricht bereits in der Primarschule auszubauen wird auf frühe Vielsprachigkeit gesetzt und als Folge dieser Programmfülle die Zeit fürs Üben der sprachlichen Basiskompetenzen gekürzt.

Der Lehrplan 21 hat gewaltige Erwartungen geweckt, die kaum erfüllt werden können. Schon jetzt wird überall zurückbuchstabiert, weil sich das komplexe Lehrplankonzept nicht für die Funktion eines handlichen Bildungskompasses eignet. Zwar wird oft Bezug zum Lehrplan genommen und gerne betont, dass man nun kompetenzorientiert arbeite. Doch Kompetenzorientierung ist weder neu noch schafft das Lehrplankonzept bezüglich der wesentlichen Bildungsziele mehr Klarheit. Vielmehr bleibt mit der Austauschbarkeit und teilweisen Unverbindlichkeit der Bildungsinhalte viel Unsicherheit zurück.

Bei der KV-Reform ist offensichtlich von Vertretern der Wirtschaft die Notbremse gezogen worden. Man will die Ausbildungsqualität sicherstellen und Fehler vermeiden, die beim Volksschul-Lehrplan gemacht wurden. Das ist bedeutend effizienter als der Umweg über kostspielige und zeitraubende Korrekturen in der Schulpraxis.

Macht Corona spiessige Tugenden zu Lebenskompetenzen?

Condorcet Bildungsperspektiven, 13. Mai 2021, Gastautorin Margrit Stamm

Hartnäckig an etwas Unangenehmem dranzubleiben, lernt man nicht durch eine optimal fürsorgliche Erziehung, in der Kinder wie zerbrechliche Porzellanpuppen behandelt werden. Das meint die Bildungsforscherin Margrit Stamm. Ihr Artikel ist zuerst im Nebelspalter erschienen.

Vor gut einem Jahr, am 16. März 2020, ist alles anders geworden. Das bisherige Leben verschwand für uns alle. Die Schweiz ging erstmals in den Lockdown, alle Schulen, Hochschulen, Berufsfachschulen und anderen Institutionen mussten schliessen und auf Fernunterricht umstellen. Mehrheitlich unverhofft wurden sie in die digitalisierte Bildungswelt hineinkatapultiert. Schon im Sommer schien aufgrund mehrerer Studien klar, dass die Pandemie manche Schwächen und Ungerechtigkeiten in den Schulen offenlegt. Fehlende Laptops, schwaches W-Lan und deshalb abgehangene Schülerinnen und Schüler, die kein eigenes Zimmer zum Arbeiten haben oder Eltern, die nicht als Aushilfslehrer funktionieren konnten. Der Begriff «Lost» wurde geboren, dazu gehören etwa 15 bis 20 Prozent der Kinder und Jugendlichen.

Heute zeigt sich allerdings, dass auch Disziplin, Gewissenhaftigkeit oder Selbstkontrolle eine Rolle spielen. Das sind die Tugenden unserer Kindheit, welche die moderne Gesellschaft überwinden möchte. Doch die Corona-Krise rehabilitiert sie und haucht ihnen neues Leben ein. Als überfachliche Kompetenzen – so heissen sie im Lehrplan 21 – bekommen sie eine neue Bedeutung. Die WHO verwendet hierfür den prägnanteren Begriff «Lebenskompetenzen» Zwar wissen wir schon länger, dass Lebenskompetenzen Intelligenz schlagen. Doch eine neue deutsche Studie belegt noch viel mehr: Lebenskompetenzen sind entscheidend, ob junge Menschen vom Fernunterricht profitieren können oder ob sie



abdriften, und dies jenseits der sozialen Herkunft. Für den Schul-, Berufs- und Lebenserfolg dürften Lebenskompetenzen entscheidend sein.

Somit liegt das Problem auch anderswo. Den Anschluss verlieren manche jungen Menschen nicht bloss wegen ihrer bescheidenen Herkunft, der schlechten technischen Ausstattung oder der mangelnden Elternunterstützung, sondern weil ihnen etwas grundlegend anderes fehlt: die Fähigkeit, sich in Fernunterricht oder Quarantäne aus eigenem Antrieb und ohne externen Druck schon am Morgen zu motivieren, den Tag zu strukturieren und sich nicht durch tausend andere Dinge ablenken zu lassen. Solche Kompetenzen sind wichtiger als ein grosser Bildschirm oder präsenste Eltern als Stresscoachs. Hartnäckig an etwas Unangenehmem dranzubleiben, wenn es bei einer Aufgabe nicht so wie erhofft vorwärtsgehen will, lernt man nicht durch eine optimal fürsorgliche Erziehung, in der Kinder wie zerbrechliche Porzellanpuppen behandelt werden, sondern durch Selbstorganisation und Frustrationstoleranz. Junge Menschen, die zu Autonomie und Selbstständigkeit erzogen werden und zugleich Fehler machen dürfen, dabei aber nicht demotiviert werden, entwickeln mehr Selbstvertrauen und werfen die Flinte nicht zu schnell ins Korn.

Solche Erkenntnisse sind keine Trivialitäten. Sie machen uns bewusst, wie sträflich wir in der Pandemie soziale und persönliche Merkmale vernachlässigen. Bereits nach dem ersten Lockdown hätten wir über die Bücher gehen können. Schulschliessungen und Fernunterricht haben die äussere Orientierung durch Stundenpläne, Schul- oder Betriebskulturen oder den physischen Austausch mit Lehrkräften, Freunden oder Trainerinnen im Verein gebremst. Das wäre Anlass gewesen, stärker auf die Unterstützung der inneren Orientierung, der Lebenskompetenzen, zu setzen.

Bilder des Gelingens

Wir alle hoffen, dass sich die Pandemie dem Ende zuneigt. Doch das fatalste wäre, dass wir Scheuklappen aufsetzen und uns nur auf die grosse Rettung einspüren. Wenn der Impfstoff da ist und wir alle, die es wollen, geimpft sind, haben wirs geschafft. Dann lassen wir es krachen und alles kann weitergehen wie vorher. Doch mit dieser Einstellung werfen wir all das, was uns die Pandemie als Lebensschule gelehrt hat, über Bord. Und damit auch die jungen Menschen der «Generation Corona», welche ein neues Erbe antreten muss. Diese Generation ist unsere Zukunft. Sie braucht Bilder des Gelingens. Diese entstehen nicht in einem auf Hochleistung ausgerichteten Bildungssystem, das oft nur ein Ziel kennt: Gute Noten, höchste Bildungsabschlüsse, möglichst frühe Karriere, Optimierung und Hochleistung um jeden Preis. Erfolgreiche und vor allem sinnstiftende Berufs- und Lebenswege brauchen ein tragfähiges Fundament: entwickelte Lebenskompetenzen. Deshalb ist Corona eine Chance für unsere Gesellschaft – ganz besonders auch für die junge Generation.

Keine Tagesschule «vollfett»

NZZ 18.5.2021, Meinung & Debatte, Lena Schenkel

Das neue Städtzürcher Schulmodell droht bei der flächendeckenden Einführung aus dem Ruder zu laufen.

Anderorts würden solche Bedingungen als «Abo-Falle» bezeichnet: Die Anmeldung zum kostenpflichtigen Angebot erfolgt automatisch. Eine Abmeldung ist möglich, aber muss rund fünf Monate vor Vertragsbeginn erfolgen – oder aber innert zehn Tagen nach dem Anmeldebescheid. Die Teilnahme gilt für ein Jahr und kann währenddessen nicht gekündigt werden.



Die Rede ist nicht von einem Handyvertrag oder einem Zeitschriftenabonnement, das man versehentlich abgeschlossen hat, sondern vom künftigen Schulmodell der Stadt Zürich.

An sich ist der Deal fair: Für höchstens 9 Franken pro Mittag gibt es eine warme Mahlzeit, Betreuung inklusive. Diese «Mittagskombo» will die Stadt Zürich bald allen Volksschülern anbieten. Zumindest dann, wenn sie nachmittags Unterricht haben. «Tagesschule light» wird das Modell auch genannt. Einfach, günstig und trotzdem effektiv, soll es die Erwartungen an eine moderne Schule erfüllen.

Seit bald fünf Jahren wird die «Tagesschule 2025», so der offizielle Projektname, in der bevölkerungsreichsten Schweizer Stadt erprobt. Ab 2023 soll sie gestaffelt flächen-deckend eingeführt werden. Das hat der Zürcher Stadtrat kürzlich beschlossen. Das letzte Wort haben nächstes Jahr die Stadtzürcher Stimmberechtigten.

Zeit für eine Zwischenbilanz.

Als aufschlussreich erweist sich hierfür ein externer Evaluationsbericht zur zweiten Pilotphase von Anfang März. Darin zeigen sich die befragten Kinder und Jugendlichen, ihre Eltern, Lehrerinnen und Betreuer grossmehrheitlich zufrieden oder sehr zufrieden mit dem Modell. Auch das Konzept habe sich insgesamt bewährt, resümiert das Evaluationsteam.

Gleichzeitig macht der Bericht deutlich, dass das an sich gute Projekt aus dem Ruder zu laufen droht. Obwohl das Tagesschulangebot betont freiwillig sein soll, ist darin neuerdings von einer gewünschten Teilnahmequote die Rede. So soll höchstens jeder zehnte Primar- und jeder vierte Sekundarschüler abgemeldet werden. Dieses Ziel sei mit 13 beziehungsweise 42 Prozent verfehlt worden.

Wie kam es zu diesen Soll-Werten? Basieren sie auf den Erfahrungswerten der ersten Pilotphase? Braucht es diese Quote, um das Projekt organisatorisch sinnvoll oder finanziell gewinnbringend durchzuführen? Weit gefehlt: Die hohen Teilnahmequoten sollten eine «möglichst gute soziale Durchmischung» ermöglichen, heisst es an anderer Stelle im Bericht. Das wiederum verbessere die Bildungsgerechtigkeit.

Aus demselben Grund rät das Evaluationsteam von einer Flexibilisierung des Systems ab – obwohl sich viele der befragten Eltern gerade eine solche wünschen. Zwei Drittel möchten, dass man sein Kind im Tagesschulmodell von einzelnen Tagen abmelden kann.

Bis jetzt gilt das Prinzip «Alles oder nichts»: Abmelden kann man sich nur vom Gesamtpaket. Wer sein Kind von der Tagesschule abmeldet, die Mittagsbetreuung aber an einzelnen Tagen in Anspruch nimmt, zahlt den regulären Horttarif von bis zu 33 Franken pro Mittag. Die Option Tagesschule ist dann meist günstiger, «überzeugt» also auch finanziell.

Festzuhalten ist: Der Evaluationsbericht und die daraus abgeleiteten Empfehlungen sind von einer externen Firma erstellt worden. Im jüngsten Stadtratsbeschluss sind keine solchen Zielwerte definiert worden. Sie sind auch nicht Bestandteil der Weisung zu Händen des Parlaments.

Gleichwohl zeigt der Bericht, in welche Richtung das Projekt abzudriften droht, wurden die Soll-Werte doch von Vertreterinnen von Schulamt, Projektausschuss und Schulpflege definiert. Und diese Richtung ist in zweierlei Hinsicht problematisch.

Kein Zwang, aber eine Zwängerei

Zum einen fällt es schwer, noch von einer freiwilligen Teilnahme zu sprechen. Offenbar möchte man in der Stadt Zürich auf etwas hinwirken, was sich gesetzlich nicht vorschreiben lässt.



Rechtlich möglich wurde die Schulreform erst mit einer begründungslosen Abmeldemöglichkeit. Die Freiwilligkeit trage auch den Bedürfnissen der unterschiedlichen Familienmodelle Rechnung, argumentierte der Zürcher Stadtrat bei der Ausarbeitung des Pilotprojekts. Dies dürfte auch die breite Bevölkerung ins Boot geholt haben.

Angesichts der für die Evaluation definierten Soll-Werte und der zunehmenden Scheinfreiwilligkeit scheint es aber nur noch ein richtiges Modell zu geben: das, in der möglichst viele bei der Tagesschule mitmachen. Dabei war das nie das Ziel des Projekts. Das Stimmvolk hat lediglich den Auftrag erteilt, ein Angebot für eine Tagesschule zu schaffen, auf explizit freiwilliger Basis.

Die Stadt Zürich erweist sich einmal mehr als Meisterin im sogenannten «Nudging», einem «sanften Schubsen». Ob es darum geht, Schulkindern die «bösen» Bananen zum Znüni zu vergällen, oder darum, sie vom Auto aufs Velo zu bringen: Die Stadtzürcher werden von ihren Oberen gerne in die vermeintlich richtige Richtung «geschubst». Eine rot-grün gefärbte Richtung, versteht sich.

Den gewieften Abo-Verkäufern der Tagesschule scheint jedes Mittel recht, von ihrem Produkt zu «überzeugen». Geheiligt werden die fast schon unlauteren Mittel im Namen der Bildungsgerechtigkeit. Womit wir bei der zweiten problematischen Entwicklung wären. Anstatt Mütter und Väter dabei zu unterstützen, Familie und Beruf individuell unter einen Hut zu bekommen, versteift man sich auf ein ideologisches Ziel.

Die Bedürfnisse benachteiligter Schulkinder dürfen jedoch nicht höher gewichtet werden als diejenigen von berufstätigen Eltern. Die Vereinbarkeit ist als Projektziel ebenso wichtig wie die Bildungsgerechtigkeit.

Ihre Kombination ist der Kern des Konzepts von «Tagesschule 2025». Es beruht wie so vieles, was in der Stadt Zürich Hand und Fuss haben soll, auf einer Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Freisinnigen im Stadtparlament.

Während Erstere ebenso wie andere linke Parteien bis heute vor allem mit einer besseren Bildungsgerechtigkeit argumentiert, steht für Letztere die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu wirtschaftlich attraktiven Konditionen im Vordergrund. Mit dem Modell «Tagesschule light» brachten sie diese Ziele auf den grösstmöglichen gemeinsamen Nenner. Den Kompromiss unterstützten schliesslich alle Parteien ausser der SVP, die sich freiere Angebote gewünscht hätte.

Das Problem eines politisch sorgfältig austarierten Kompromisses ist freilich, dass er schnell aus dem Gleichgewicht geraten kann. Tatsächlich dauerte es im rot-grün dominierten Zürich nicht lange, bis die Linke das Projekt zu ihren Gunsten zu beeinflussen versuchte.

Für die zweite Pilotphase wurde zunächst das Budget aufgestockt und eine freiwillige Aufgabenhilfe im Modell verankert. Das trug auch die FDP noch mit. Dabei soll es in Hinblick auf die flächendeckende Einführung aus Sicht der Linken aber nicht bleiben. Die AL will die schulergänzende Betreuungszeit ausweiten, die Grünen möchten sie «neu denken». Zusammen mit der SP fordern sie einen Ausbau der informellen Angebote an den Schulen für einen «pädagogischen Mehrwert».

Kurzum: Aus der «Tagesschule light» droht eine «Tagesschule vollfett» zu werden. Eine Kostenexplosion ist programmiert. Die SP kündigte bereits an, sich im Gemeinderat dafür einzusetzen, die Mittagsgebühr mit dem Übergang zur Tagesschule als Regelmodell abzuschaffen. Sie setze sich für eine «gebührenfreie Volksschule» ein.

Familie vor «Schulfamilie»

Die Volksschule ist aber keine Staatsschule à la DDR. Natürlich ist es sinnvoll, Schule und Betreuung stärker miteinander zu verzahnen, wie es die Tagesschule tut. Es ist jedoch



nicht Aufgabe der einen, das andere gratis zu gewährleisten. Ohnehin stellt das Modell die traditionelle Aufgabenverteilung zwischen Schule und Eltern bereits bis zu einem gewissen Grad infrage.

Die Tagesschule leitet einen grundlegenden Wandel der Schule ein, heisst es dazu im Evaluationsbericht: Sie werde zu einem auf die ganzheitliche Förderung von Kindern ausgerichteten Lebens- und Lernraum. In Projektpräsentationen ist von einer «Schulfamilie» die Rede.

Das Vokabular zeigt, auf welchem schmalen Grat zwischen staatlicher und privater Sphäre sich die Tagesschule bewegt. Bisher hat das Stadtzürcher Pilotprojekt diese Gratwanderung gut gemeistert. Umso wichtiger ist es jetzt, dass es bei der Implementierung in die Regelschule nicht aus der Balance gerät.

Sonst droht sich das Projekt von einer zentralen Zielgruppe zu entfremden: den Eltern. Bereits jetzt regt sich unter ihnen Widerstand. Es fühlen sich vor allem jene benachteiligt, die ihre Kinder über Mittag lieber daheim haben wollen. Sei es, weil es dem Familienmodell eher entspricht oder auch nur, weil sich das Kind so besser erholen kann.

Sie stossen sich zum einen an der Scheinfreiwilligkeit des Tageschulmodells und zum anderen an der von 110 auf 80 Minuten verkürzten Mittagspause.

Es ist deshalb zu begrüssen, dass die Regelung vom Parlament nochmals überprüft wird und eine Verlängerung der Mittagszeit auf 90 Minuten politisch mehrheitsfähig zu sein scheint.

Wie im Falle der Aufgabenhilfe darf dies etwas kosten, aber in Massen. Die Grundpfeiler Freiwilligkeit, Vereinbarkeit und Bildungsgerechtigkeit dürfen zudem nicht einseitig geschwächt oder gestärkt werden. Denn die Tagesschule ist ein so wichtiges Projekt, als dass die breite Unterstützung und das grosse Vertrauen in das Vorhaben leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden dürften.

Die Tagesschule vor der Abstimmung loben

Tagblatt der Stadt Zürich, 19.5.2021, Forum der Parteien, Martin Schempp

Der Stadtrat will die freiwillige Tagesschule ab 2023 flächendeckend einführen. Viel Opposition braucht er nicht zu fürchten. Die Tagesschule entspricht einem Bedürfnis vieler Familien und wurde im Gemeinderat mehrfach gefordert. Bei der Abstimmung über das Pilotprojekt im Jahre 2018 legten 77 Prozent der Stimmberechtigten ein «Ja» in die Urne. Die geplante Abstimmung im kommenden Jahr über die definitive Einführung wird wohl lediglich eine Formsache.

Ich selbst zähle ebenfalls zu den Befürwortern von Tagesschulen. Aber Obacht: Mit dem Stadtratsbeschluss und der Volksabstimmung ist das Ziel Tagesschule noch nicht erreicht, vielmehr ist erst der Start erfolgt.

Die Umstellung wird dauern. Die letzten Schulen sollen gemäss aktueller Planung erst im Schuljahr 2030 / 2031 neu als Tagesschulen geführt werden. Kinder, die nach den Sommerferien in die erste Klasse im Schulhaus Manegg oder Looren eintreten, werden die Umstellung während ihrer Primarschulzeit nicht erleben.

Die Umstellung wird kosten. 28 Millionen Franken für die Umstellung, 146 Millionen für Anpassung der Infrastruktur. Das ist viel, aber sicher gut investiertes Geld.

Die Umstellung wird beschwerlich. Die Tagesschule wird in den kommenden Legislaturen



prägend für alle Beteiligten. Trotz der hohen Akzeptanz, welche die Tagesschule genießt, gibt es auch Vorbehalte. Es gibt Eltern, deren Familienbild und Wertvorstellungen nicht mit der Tagesschule vereinbar sind. Sie wollen ihre Kinder weiterhin am eigenen Mittagstisch verköstigen, was selbstverständlich möglich sein soll. Wir wollen die freiwillige und nicht die obligatorische Tagesschule einführen. Ich bin sicher, langfristig werden fast alle Eltern dieses Angebot nutzen. Dazu kommt: Die Vereinheitlichung der freien Nachmittage schafft auch Möglichkeiten für mehr Familienzeit. Es gibt aber auch Lehrpersonen, die vielleicht etwas reformmüde geworden sind, was durchaus nachvollziehbar ist. Die Tagesschule wird den Alltag der Lehrpersonen verändern. Sie werden den Kindern nicht nur in den Klassenzimmern gegenüberstehen, sondern sie auch in einem begrenzten Teil ihrer Freizeit begleiten. Und für mich ist klar: Mit der Einführung der Tagesschule werden Hausaufgaben über kurz oder lang abgeschafft. Die Routine der Betreuungspersonen wird ebenfalls eine andere. Ihnen wird weniger Zeit bleiben, um mit einzelnen Kindern eine Beziehung aufzubauen. Und die Schulleitungen und Kreisschulbehörden sind gefordert, die notwendigen Infrastrukturen zu schaffen, so dass beispielsweise Kinder, die über Mittag auf etwas Ruhe angewiesen sind, genauso einen Platz finden wie die, die sich austoben wollen.

Die meisten Beteiligten sind sich zwar darüber einig, dass die freiwillige Tagesschule eine gute Sache sei, aber die Details dürften noch zu reden geben. Soll die Tagesschule ein Erfolg werden – und ich bin überzeugt, sie wird es – müssen alle Akteure in die Umsetzung einbezogen und deren Vorbehalte ernst genommen werden. Das gelingt am besten, wenn die anstehenden Veränderungen möglichst dezentral und nahe bei den Betroffenen angegangen werden können. Es ist deshalb nichts als konsequent, wenn der Stadtrat parallel zur geplanten Einführung auch die pädagogischen Freiräume der Schulen stärken will. Das hat mich am Stadtratsbeschluss besonders gefreut. Wir werden ihn beim Wort nehmen.

Martin Schempp GLP-Kandidat für das Schulpräsidium im Schulkreis Uto

Jeanne Hersch – Pädagogik als Erziehung zur verantwortlichen Freiheit

Condorcet Bildungsperspektiven, 15. Mai 2021, Gastautor Peter Aebersold

Am 2. Dezember 1969 hielt Jeanne Hersch vor der Schulsynode in Basel ihren bekanntesten pädagogischen Vortrag zum Thema: „Der Lehrer in der heutigen Krise.“ Vier Jahre davor war die deutsche Ausgabe eines Buches über ein Erziehungsexperiment der 1920er Jahre in einer kleinen englischen Reformschule erschienen. Das Buch wurde zu einem Hype und die ideologisch geführte Auseinandersetzung darüber beschäftigt uns noch heute.

Die vom cleveren Verlag erfundene Wortschöpfung «anti-autoritär» wurde zur Kulturkampfparole. «Autorität» stand abstrakt gegen «Freiheit», «Belehrtwerden» gegen «aktives Lernen». Es wurde schick, «anti-autoritär» zu sein. Vielen Exponenten einer neuen, oppositionellen Elterngeneration kam es nicht ungelegen, dass sie nicht mehr erziehen musste. Gestandene Lehrer liessen sich verunsichern und begannen an ihren Fähigkeiten zu zweifeln. Den Begriff «Erziehung» wagte man kaum mehr zu gebrauchen. Erziehungsdirektionen wurden in Bildungsdirektionen umbenannt.



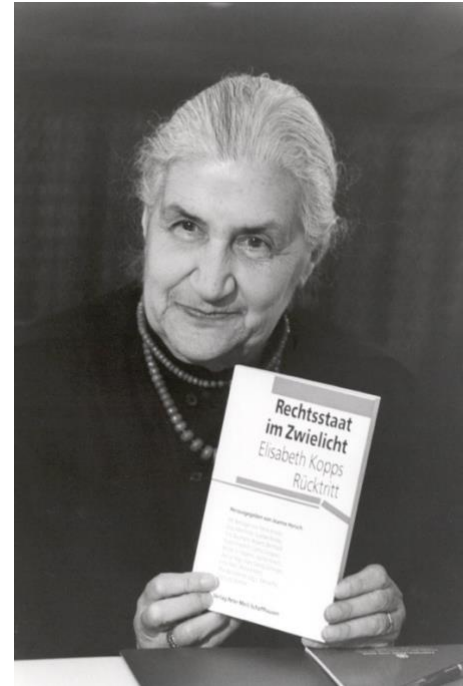
Gegen den Strom sprechen

Jeanne Hersch hatte von 1933 bis 1956 als Gymnasiallehrerin an der Ecole internationale «Ecolint» in Genf, einem reformpädagogischen Projekt des Völkerbundes, unterrichtet. Ihre dortigen Erfahrungen mit der «Aktiven Schule» machten sie zu einer Kritikerin der Reformpädagogik des 20. Jahrhunderts, die für sie aus einer Kette von missgeleiteten pädagogischen Konzepten bestand.

Jeanne Herschs Vortrag begann mit dem berühmt gewordenen Satz:

„Wenn man sich zu einem Thema äussert, das in der Gegenwart brennend ist, so sollte man immer gegen den Strom sprechen“.

Sie bezog sich bei ihrer „unzeitgemässen“ Betrachtung auf den französischen Philosophen Jacques Maritain, der 1943 in seinem Buch «Education at the Cross Roads» zwei Entscheidungsmöglichkeiten der Pädagogik aufzeigte: Erziehung könne entweder von der Kultur oder vom Kind her verstanden werden, einen Mittelweg gebe es nicht. Der Weg allein vom Kind aus war für Maritain der falsche Weg: Für ihn war der Mensch ein „être docile“, ein Wesen, das belehrt werden könne und nicht nur lerne.



Jeanne Hersch vertrat auch im Fall Kopp eine Gegenposition

Belehrbarkeit

Für Jeanne Herrsch bedeutete belehrbar zu sein nicht nur, dass man etwas vom andern bekomme, sondern dass man eine empfängliche Aktivität entfalten könne, und diese empfängliche Aktivität sei etwas, woran man vielleicht heutzutage nicht genügend denke.

«Belehrbarkeit» sei nicht das Credo der Reformpädagogik, die das «freie Lernen», auch in der Schule, predigte. Dazu hätte sich die Schule dem Kind anzupassen. Die Slogans in der Erziehungssprache stellen laut der Studie von Israel Scheffler (1960) verkürzte Erziehungstheorien dar. Das komplexe Problem der Erziehung werde auf die zwei weltanschaulichen Extrempositionen «progressiv» oder «konservativ» reduziert. Das Grunddogma, dass «aktives Lernen» besser als «Belehrtwerden» sei, sei in die Ausbildung angehender Lehrkräfte eingeflossen, ohne dass dabei ihre einstigen Urheber genannt würden.

Aus der Leere die Gerechtigkeit steigen lassen

Für die Philosophin Jeanne Hersch ist wesentlich, dass jedes Lernen, Beobachten oder Prüfen einen Massstab als Voraussetzung für kritisches Denken habe. Diesen Massstab könne man nicht selbst erfinden, sondern er existiere bereits in einer bestimmten Kulturwelt. Man könne nicht aus einer Leere heraus sinnvoll und kritisch denken. Den als revolutionär postulierten Gedanken, alles abzuschaffen, um aus der Leere Gerechtigkeit entstehen zu lassen, also das «Ideal» eines absolut nicht manipulierten Menschen, lehnt sie ab, weil ein gar «nicht manipulierter» Mensch überhaupt kein Mensch mehr sei.

«Also liegt eigentlich ein Vorurteil in den sogenannten absolut revolutionären Gedanken, wo man alles abschaffen will, um aus der Leere die Gerechtigkeit steigen zu lassen; wo man glaubt, dass Gerechtigkeit von alleine entsteht, wenn man nur die Ungerechtigkeit abschafft.»

Denn bereits die Muttersprache stelle eine tiefe «Manipulation» dar, weil sie die Struktur



unseres Denkens bilde. Wenn wir Manipulation vermeiden wollten, dann hätten wir Kinder, die keine Menschenkinder seien, sondern Tiergeschöpfe, die irgendwelche Laute ausstießen. Auch die Lebensbedingungen am Anfang des Lebens brächten soziale Ungerechtigkeiten mit sich. Das bedeute nicht nur, dass es gescheite Kinder gebe, die aber später wegen der sozialen Verhältnisse nicht studieren könnten, sondern sie könnten auch gar nicht gescheit werden. Diese anfängliche Ungerechtigkeit könne man aber nicht dadurch aufheben, dass man den sozio-kulturellen Hintergrund zerstöre, damit alle Kinder in der gleichen Leere aufwachsen. Das hiesse im Grunde den Menschen selbst aufzugeben und abschaffen zu wollen.



Jeanne Hersch: Gerechtigkeit entsteht nicht aus einer Leere

Jeanne Hersch war sich im Klaren, dass in der Erziehung der Vergangenheit die passive Aneignung gegenüber der selektiven individuellen Tätigkeit stärker gewichtet wurde, während heute das Gegenteil überbetont werde: das Beobachten. Man lerne nicht mehr auswendig oder etwas zu wiederholen oder zuzuhören, sondern zu beobachten. Heute werde der kritische Geist, die kritische Reflexion gefördert. Jeanne Hersch fragt sich aber, worin der Sinn dieser kritischen Reflexion bestehe. In wessen Namen wird sie geübt? Welches ist ihr Gegenstand? Welcher Wert inspiriert das kritische Denken? Damit die Schüler einen kritischen Sinn entwickeln, müssten sie diese Bezugsgrößen kennen. Wohl sei der Lehrer derjenige, der den Stoff auswählt und den Schülern die Kriterien zeigt, die diesem erlauben zu unterscheiden. Der Schüler aber müsse wissen, in wessen Namen er kritisch über etwas nachdenken soll, worum es geht, worauf es ankommt. Der Lehrer müsse demnach so unterrichten, dass der Schüler immer weiss, was für ihn wichtig ist.

Die Lehrer-Schüler-Beziehung ist keine der Gleichheit

Zentral ist für Jeanne Hersch die Art der Lehrer-Schüler-Beziehung, und zwar nicht als Beziehung der Gleichheit, wie heute gefordert wird. Sie wandte sich gegen die „kindzentrierte“ Reformpädagogik, weil der Lehrer nicht als „copain“, als Kamerad des Schülers, gelten dürfe und der Schüler nicht auf gleicher Stufe wie der Lehrer stehe. In einem solchen Verhältnis wäre der Lehrer überflüssig, weil der Schüler dann lernen könne, was er will, und nicht, was für ihn gut ist. Kameraden könne der Schüler viele haben, aber Lehrer habe er nur einen.

Sie begründet die Überlegenheit des Lehrers damit, dass er mit seiner Person die Form der Klasse verkörpere. Die Klassenform helfe beim gemeinsamen Lernen und Leben, und dieser Form gehorche man, wenn man dem Lehrer gehorcht. Es gebe zwei Arten von Lehrern, und die Schüler bräuchten beide Arten. Heute sind besonders solche Lehrer in Mode, die die Schüler sehr gerne haben und sich wie Kameraden verhalten. Die andere Art verkörpert symbolisch die Funktion des Lehrers an sich. Die Ungleichheit zum Schüler ergibt sich schlicht daraus, dass er «der Lehrer» ist. Weil aber heute die Unsicherheit bei den Erwachsenen gross sei, habe der Lehrer grosse Mühe, die Gestalt der Klasse an sich als Lehrer, natürlich ohne allen persönlichen Ehrgeiz oder Machtwillen, zu verkörpern.



Der Lehrer oder die Lehrerin ist kein "copain" und keine "copine"

Das Neue scharf fassen und das Permanente niemals aus den Augen verlieren

Natürlich muss sich jeder Lehrer weiterbilden, so Jeanne Hersch, weil sich die Zeit schnell verändert. Aber neben der Veränderung darf man auch das Permanente, das permanent Wesentliche der Lehrer-Schüler-Beziehung nicht vergessen.

Dem Klassenlehrer solle es im Unterricht mehr um das gehen, was er unterrichtet, als um den Schüler. Der Ort der Begegnung finde damit vor allem auf einer inhaltlichen Ebene statt. Jeanne Hersch malt aus, wie die Begeisterung des Lehrers für seinen Unterrichtsgegenstand zu einer Art Selbstvergessenheit führt, die sich auf den Schüler überträgt. Es gilt, einen Sachverhalt oder Text so leuchtend klar zu vermitteln, dass es für den Schüler zum Genuss wird und er die Gewissheit bekommt: Ja, so ist es und nicht anders, und es ist ganz sicher.

Erziehung zu verantwortlicher Freiheit innerhalb menschlicher Grenzen

Dem Konzept der „neuen Erziehung“, die vom eigenständigen Lernen der Kinder ausgeht, hielt Jeanne Hersch entgegen, dass Erziehung überflüssig werde, wenn die Kinder frei wie Erwachsene wären. Für sie bedeutet Freiheit und Verantwortlichkeit nicht dasselbe wie Glück. „Freie“ Kinder seien nicht einfach „glückliche“ Kinder, und Freiheit sei wohl das Ziel der Erziehung, aber nicht zugleich der Modus der Erfahrung. Dabei helfen keine pädagogischen Doktrinen, Erziehung müsse in konkreten Situationen mit Kindern gelebt und ausgehalten werden.

Erziehung soll Kinder auf das Abenteuer des Menschseins vorbereiten. Junge Menschen schulden ihrerseits der Gesellschaft solidarische Mitwirkung an der Aufrechterhaltung der Bedingungen einer selbstverantwortlich ausgeübten Freiheit. Erziehung aufzugeben, würde bedeuten, dass man aufgibt, Mensch zu sein. Die politische Frage nach einer funktionierenden Demokratie und einem demokratischen Sozialismus stand für Jeanne Hersch in enger Beziehung zur pädagogischen Frage nach der Erziehung junger Menschen zu freien, ihrer Verantwortung bewussten Bürgern.



Das Resultat der antiautoritären Erziehung

Die Jugendunruhen in der Schweiz in den 1980er Jahren betrachtete Jeanne Hersch als Resultat der antiautoritären Erziehung mit fehlenden erwachsenen Vorbildern und einer mangelnden Orientierung:

„In Wirklichkeit ist eine der Quellen des Unglücks für einen Teil der heutigen Jugend meiner Ansicht nach keineswegs die Repression, sondern die Abwesenheit von echten Erwachsenen in unserer Gesellschaft. Wenn es heisst, „alles ist erlaubt“, so bedeutet das, dass es nichts gibt – nichts, das zu etwas zwingt, nichts, das etwas wert ist, nichts, das sich aufdrängt. Da alles erlaubt ist, erwartet man von niemandem etwas. Das habe ich die nihilistische Leere genannt.“



Jugendunruhen 1980: Resultat abwesender Erwachsener?

Lebenslauf

Jeanne Hersch wurde als Tochter polnisch-jüdischer Immigranten 1910 in Genf geboren und studierte Philosophie bei Paul Häberlin und Karl Jaspers. Nach 22 Jahren als Gymnasiallehrerin lehrte sie an der Universität Genf ab 1947 als Privatdozentin, ab 1956 als Professorin und von 1962 bis 1977 als ordentliche Professorin am Lehrstuhl für Systematische Philosophie. Von 1966 bis 1968 war sie Direktorin der Abteilung Philosophie der UNESCO in Paris, wo sie das Grundlagenwerk «Das Recht Mensch zu sein» publizierte. Sie diente im Zweiten Weltkriegs beim Frauenhilfsdienst und im Kalten Krieg in der «geheimen Kaderorganisation zur Aufrechterhaltung des Widerstandswillens». Sie war Mitglied der Sozialdemokratischen Partei von 1939 bis 1992. Sie trat aus der Partei aus, als die SP Schweiz den straffreien Konsum von Drogen befürwortete.

Quellen:

Jeanne Hersch: «Der Lehrer in der heutigen Krise». Schweizer Erziehungsrundschau 46, 1973-1974

Jürgen Oelkers: «Jeanne Hersch, Schule und Reformpädagogik», Vortrag auf der Tagung «Ideal, Macht, Utopie: Symposion zum 100. Geburtstag von Jeanne Hersch» am 15. Juni in der Universität Zürich



Jeanne Hersch: eine streitbare Philosophin, die keiner Debatte auswich